
Der West-Berliner Terrorismus in den siebziger Jahren

Die Bewegung 2. Juni und die Justiz¹

Von Tobias Wunschik, Berlin

Zu Beginn der siebziger Jahre entstanden in West-Berlin zwei linksterroristische Organisationen von Gewicht: Die Rote Armee Fraktion (RAF) hatte hier ihre Wurzeln, verübte ihre Anschläge jedoch hauptsächlich in Westdeutschland. Die Bewegung 2. Juni hingegen blieb im Westen der geteilten Stadt – und stand stets im Schatten der prominenteren RAF.² Selbst eine "Galionsfigur" wie beispielsweise ihr führendes Mitglied *Inge Viett* reicht im kollektiven Gedächtnis an die "Ikonen" der RAF, *Andreas Baader* und *Ulrike Meinhof*, nicht heran. Mit der geringeren Bekanntheit geht indes eine etwas "nachsichtigere" Wahrnehmung einher: Als "Aushängeschild" der vormaligen Kommune I erntet etwa *Fritz Teufel* bis heute Sympathie, während seine spätere Zugehörigkeit zur Bewegung 2. Juni meist vergessen wird.³ Umgekehrt verhält es sich bei *Ulrike Meinhof*, die vor allem als Terroristin gilt, nicht als zuvor einflussreiche Journalistin der Zeitschrift "Konkret".⁴

Beide Terrorgruppen waren nicht ohne Grund in West-Berlin entstanden. Die Besonderheiten der Insellage beförderten Ende der sechziger Jahre zunächst die Entwicklung einer studentischen Protestbewegung: Die Freistellung vom Wehrdienst für junge Männer, die hohe Bevölkerungsdichte, die günstigen Mieten und die polyglotte Atmosphäre der Weltstadt. Da sich, entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte, die Freie Universität freiheitlichem Gedankengut besonders verbunden fühlte, war auf dem dortigen Campus die Toleranz gegenüber studentischen Protesten anfangs wohl auch besonders hoch.⁵

In ihrem jugendlichem Idealismus protestierten die späteren Mitglieder der Bewegung 2. Juni zusammen mit vielen anderen gegen den Vietnamkrieg, bemängelten die unzureichende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland, kritisierten den Einfluss der Springer-

Presse auf die öffentliche Meinung und prangerten die ungleiche Verteilung des Reichtums in der Welt an. Sie identifizierten sich mit den vormaligen Opfern des Holocaust⁶ ebenso wie mit den seinerzeitigen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und angeblich unterdrückten Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik.

Aus Sicht der späteren Linksterroristen galt es "Kapitalismus", "Imperialismus" und "Faschismus" als Urheber dieser Missstände zu bekämpfen. "Die Gewalttätigkeit der kapitalistischen Klassenherrschaft macht revolutionäre Gegengewalt notwendig".⁷ Die anfangs noch weniger militanten Aktionen sollten sich dabei gewissermaßen selbst erklären: "Unsere 'strategischen Konzepte'", so resümierte das spätere Gruppenmitglied *Gerald Klöpfer*, "reduzierten sich im Grunde genommen auf die Vermittelbarkeit der jeweiligen exemplarischen Aktionen selbst, wenn es sich um Widerstand gegen Zwangsräumungen, Entlassungen, Mieterhöhungen, Betriebsschließungen handelte." Dies diente der eigenen Reputation und sollte Nachahmer inspirieren.⁸

Entsprechend dieser Grundhaltung war die Konfrontation mit dem Staat und seinen Vertretern, besonders der Polizei und der Justiz, unvermeidlich und wurde gezielt gesucht.⁹ Eine handgreifliche Konfrontation mit der Polizei zu durchstehen war etwa für *Klaus Viehmann* durchaus ein Anreiz: "Wenn man mal einen oder mehrere Staatsdiener auf der Flucht sieht, zum Beispiel bei einer Demo, dann gibt das eben auch Mut und ein Gefühl von dem, was man erreichen kann."¹⁰ Solche Formen handgreiflichen Engagements griffen um sich, weil die Anwendung von "Gegengewalt" in der linksextremen Szene seinerzeit "weitgehend akzeptiert" war.¹¹

Mit massenhaften Bürgerprotesten noch wenig vertraut, stand die West-Berliner Polizei un-